

Geschäft täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 20 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgeholt 20 Pf.
Vierteljährlich 9 Pf. frei ins Haus, 50 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellung 1 Mk. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion 11–12 Uhr Vorm.
Netterhagergasse Nr. 4.
XV. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Der Hamburger Streik

beschäftigt, wenngleich sich die Lage in Hamburg offenbar nicht unerheblich gebessert hat, noch immer die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise in hervorragendstem Maße. Zeugnis davon legte eine große von Männern verschiedener Parteien berufene Versammlung ab, die am Sonntag in Berlin im großen Mendelsischen Concertsaale abgehalten wurde. Von unserem Berliner Correspondenten geht uns hierüber folgender Bericht zu:

Das Referat: Was bedeutet der Hamburger Hafenstreik für uns? hatte der Privatdozent Dr. Jastrow übernommen, welcher in Hamburg gewesen ist, um sich über die dortige Lage eingehend zu informieren. Redner begann mit einem Hinweise auf die Bedeutung des Hamburger Streiks für den ganzen deutschen Handel und schilderte sodann historisch die Entwicklung der Streikbewegung. Als im Sommer 1886 die Frachten stiegen, begannen die kleinen Gewerkschaften der Arbeiter sich auszubilden, das ging aber sehr langsam, trotzdem die sozialdemokratischen Abgeordneten Legien und Molkenbuhr ihren Sitz in Hamburg haben. Man suchte Rückhalt in England und Tom Man sollte im November reden, er wurde jedoch ausgewiesen und das machte riesige Propaganda unter der Arbeiterschaft. Die im Mittelpunkt der Bewegung stehenden Schauerleute, d. h. die Leute, welche die Stückgäste verladen, formulierten ihre Forderungen. Die Rheiher wiesen sie ab und nun begann am 4. Dezember trotz der Aufforderung der englischen Arbeiterschaft: Wait till all are ready! (Warte, bis alle fertig sind!) der Kriegszustand. Die bekannte Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Arbeitgeber rief nicht nur bei den beteiligten Arbeitern große Aufregung hervor, sondern auch bei den übrigen Hamburgern begann es sich gegen die Unternehmer zu regen. In Hamburg beginnt der Weihnachtsmarkt früher und die allgemeine Stochung liegt schwer auf den Ladenbesitzern, die durch die mangelnde Kaufkraft der Arbeiterschaft sich sehr geschädigt sehen. Selbst der hamburghische „Hamburger Correspondent“ schlägt ein Schiedsgericht vor, und die Arbeiter haben sich am Freitag nochmals dahin ausgesprochen, daß sie ein dauerndes Schiedsgericht haben wollen. Die Unternehmer wissen sich aber im Besitze der genügenden Mittel und wollen die seindliche Sitzung auszuhören.

Jastrow erörterte dann, ob er auf einige spezielle Punkte einginge, die Frage, was für Interesse die Allgemeinheit an einer Beilegung der Streitigkeiten habe. Nicht die ungezählten Millionen, die bei dem Streik verloren gingen, seien das Schlimmste, sondern die Erbitterung, die in einer großen Anzahl Menschen entstehen würde, wenn es den Unternehmern gelänge, die Bewegung völlig zu unterdrücken.

Was das Argument anbetrifft, der Streik sei frivol, die Lohnhöhe sei ausreichend, wie eine veröffentlichte Lohnstatistik behauptet, so handle es sich bei den angeführten Leuten zum Theil um die beaufsichtigenden Dices, dann hätten einzelne herkulische Gesellthälfte eine Arbeitskraft, die sie zu riesigen Leistungen befähigte, die meisten arbeiteten aber zeitweilig einen Vertreter, dessen Lohn auch auf ihren Namen gebucht würde, wobei noch diese Vertreter der Segnungen der Arbeiterversicherung verlustig gingen. Die Listen ergeben einen Lohn von 10 Mk. Wozu dann ein Streik, während man nur 5 Mk. verlangt? Jastrow wies auf die ungeheure Mannigfaltigkeit der Löhne hin, wie es deshalb äußerst schwierig und erst nach langer Arbeit möglich sei, brauchbare Lohnstatistiken aufzustellen. Aber selbst wenn es sich nicht um niedrige Löhne handele, könnte man den Arbeiter nicht daran hindern zu versuchen, für seine Arbeit einen höheren Preis zu erzielen, ebenso wenig wie man es dem Kaufmann verbieten könnte, für seine Ware einen möglichst hohen Preis zu fordern. Auf der anderen Seite ist auch der Verdienst der Rheiher in's Auge zu fassen. Für seine Niedrigkeit werden die niedrigen Dividenden in's Feld geführt. Man müßt aber auch die hohen Abschreibungen und die daraus folgenden hohen Course mancher Actien berücksichtigen, ebenso den Umstand, daß es sich bei den Dividenden um die Vergangenheit handle, die hohen Frachten aber den Beweis liefern, daß es in der Gegenwart besser sei. Wenn die Lohnfrage auch stets an der Spitze der Arbeiterkämpfe steht, so sind auch andere Forderungen wichtig. So wird der Lohn nur nach der Arbeitszeit

berechnet. Die Arbeiter müssen aber häufig längere Zeit auf die einkommenden Schiffe warten. Ferner wollen sie eine Maximalarbeitszeit, und zwar von 36 Stunden; höchst charakteristisch für die Hafenvorhältnisse, wo es darauf ankommt, in kurzer Zeit die Schiffe wieder in See stechen zu lassen. Ferner wünscht man Erhöhung der Sonntags- und Überstundenlöhne, damit diese Arbeit möglichst vermieden werde. Vor allem aber wendet man sich gegen die bestehende Art der Arbeitsvermittlung. Die Meldebüroausr sind nicht lediglich Arbeitsnachweisstellen sondern Controlbureaus, ob der Arbeitssuchende auch nicht einer Coalition angehört. Am schlimmsten sind die Basen, welche zugleich Wirtschaftsleute sind und dem zuerst Arbeit verschaffen, der ihnen am meisten schuldet. Alle diese Missbräuche sind auch von den Unternehmern anerkannt, und wenn sie erst an deren Abstellung gehen wollen, nachdem der Streik beendet ist, so ist das nicht ein Beweis besonderer Hartherzigkeit, sondern dafür, daß die Unternehmer weit zurück sind und noch nicht auf dem Boden der heutigen Gejegnung mithrer Anerkennung des freien Arbeitsvertrages stehen, es sei eine Aufgabe der öffentlichen Meinung, die Hamburger Unternehmer zu veranlassen, wenigstens in Unterhandlung mit den Arbeitern zu treten, damit der Streik bald beigelegt würde und nicht eine starke Verbitterung in weiten Arbeiterkreisen erregt würde, die häufig niedergebrückte Streiks binner kurzem wieder aufzutreten ließe. (Beifall.)

Nachdem noch einige Redner, darunter Dr. Magirich, das Wort genommen hatten, wurde eine Resolution, die sich in gemäßigter Form für baldige Beendigung des Streikes ausspricht, einstimmig beschlossen.

Im übrigen ist die Lage in Hamburg unverändert. In 37 Stauereibetrieben arbeiten am Freitag 2352 Arbeiter, während unter gewöhnlichen Verhältnissen eine Anzahl von 3307 Leuten erforderlich gewesen wäre. Eine Ruhestörung ist zu verzeichnen. Am Freitag Abend überfielen die Ausständigen am Berliner Bahnhof dreißig aus Magdeburg angekommene Arbeiter und rissen sie beimfahren nach dem Hafen vom Wagen. Schuleute zogen blank und säuberten den Platz. Mehrere Personen wurden verwundet und die Rädelsführer verhaftet. Heute wird uns ferner gemeldet:

Hamburg, 12. Dez. Die Ausständigen haben in einer heute abgehaltenen Versammlung einen Besluß-Antrag angenommen, worin sie sich bereit erklären, trotz der Ablehnung der Arbeitgeber die Hand zum Frieden zu bieten. Sie sprechen den Wunsch aus, daß in Gegenwart von Vertretern des Senats eine Begegnung zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Zusammensetzung eines Schiedsgerichts und über die Voraussetzungen für die Gültigkeit der Beschlüsse stattfinde. Die Arbeiter weisen entschieden die Behauptung zurück, daß sie in kurzer Frist einen neuen Ausstand veranstalten würden; sie wünschten dauernden Frieden, geprägt auf Verständigung der beiderseitigen Interessen. Die Arbeiter wollen ein aus beiderseitigen Vertretern zusammengesetztes Einigungsamt als dauernde Einrichtung anregen. Ferner wurde beschlossen, die Unterstützung um 1 Mark zu erhöhen.

Hamburg, 14. Dez. (Tel.) Gestern ist ein sozialdemokratischer Aufruf vertheilt worden, in dem es heißt, die Entscheidung müsse jetzt fallen: Entweder Krieg in Permanenz oder ein ehrlicher Friede. Die Streikenden könnten ausharren.

Immer weiter!

Berlin, 12. Dez. Die „Nordd. Allgem. Igt.“ kann die Nachricht, daß gegen die „Deutsche Tageszeitung“ das Verfahren wegen Beleidigung des Staatssekretärs Frhr. v. Marschall eingeleitet worden ist, mit dem Hinzufügen bestätigen, daß es sich um einen Artikel in der Morgenausgabe vom 6. November handelt und daß der Strafantrag bereits vor dem Prozeß Lecker-Lühwost gestellt war.

helle Thränen aus. „Mein Leben würde ich für ihn lassen.“

„Zuvor das Reiten — meinen Sie nicht?“ bemerkte Tapeiner, mit sarkastischem Lächeln sie betrachtend.

„Aber ich reite doch auf einem fremden Pferde, das kostet doch nichts.“

„Meinen Sie? Ganz falsch. Um den ganzen Stil des Lebens handelt es sich. Lebregens, Sie haben recht, ich gehe zu weit, fügte er plötzlich in völlig verändertem Tone hinzu, fragen Sie Ihr Herz, Ihren klaren Verstand, und sie werden mir Recht geben. Sie sind ja so gut, so brav — Sie lieben ja so Ihren Papa, nicht wahr, Fräulein Johanna? Also! Und das geben Sie zurück.“ Er wickelte das Geld in eine Rolle und drückte es ihr in die Hand.

Sie mußte es nehmen.

„Es soll Sie brennen, wie die Finger im Feuer. Ich verspreche Ihnen, dem Papa gegenüber zu schwiegen. Es wäre ihm ein neuer Kummer, ich weiß es, und Sie wollen ihm ja nur Freude bereiten, dem armen Papa.“

Johanna stand plötzlich, ihrer selbst nicht bewußt, auf der Straße, die Geldrolle in der Hand. Sie brannte jetzt wirklich wie Feuer, als ob sie der kleine Mann verzaubert hätte. Keinen Tag sollte es in ihrem Besitz bleiben. Sie gab es der Mutter, die nur ein spöttisches Lächeln für Tapeiner hatte, zur umgehenden Sendung an Johanna.

Ringemann veränderte von dieser Zeit an seine Taktik. Er machte energisch Front gegen verschiedene, bisher unter dem Titel „standesgemäß“ sich vollziehende Ausgaben, und zu seiner höchsten Freude stand Johanna auf seiner Seite. Jetzt war alles wieder gut. Andererseits regte die dadurch nur von neuem rege Liebe zu seinem Ainde den Gedanken lebhaft an, wie eine

Zu der gemeldeten Mitteilung der „Röhl. Volksztg.“ von einer angeblich bevorstehenden Krise bemerkte die „Nat.-Igt.“, eine Krise hat diesmal überhaupt nicht bestanden. Bezüglich der Notwendigkeit und der erzielten Erfolge des gerichtlichen Verfahrens besteht, wie wir hören, eine vollkommene Einmütigkeit. Man darf danach annehmen, daß die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um ein Treiben, wie das jüngst entblößt, für die Zukunft unmöglich zu machen.

Gegenüber einer von der antisemitischen „Staatsbürger-Zeitung“ bei der Besprechung der Erklärung des „Reichsangebers“ aufgestellten Behauptung, es sei dem Willen des Monarchen so lange nicht entsprochen, als nicht gegen die offiziöse Preismiwirthschaft in anderen Blättern eingedrungen wäre, bemerkte die „Nordd. Allg. Igt.“, die Ergebnisse des kürzlich beendeten Prozesses schienen an der „Staatsbürger-Zeitung“ spurlos vorübergegangen zu sein. In dem Prozeß sei genügend klar gestellt, daß die Artikel, worauf die „Staatsbürger-Zeitung“ anspricht, weder offiziösen Ursprungs waren, noch offizielle Hintermänner hatten. Angesichts dessen jetzt noch bei dem Gerede von einer offiziösen Preismiwirthschaft zu beharren, sei doch sehr sonderbar.

Herr v. Marschall nimmt man in einer gewissen Presse nach wie vor scharf auf's Korn. Die „Post“ will sogar, wie schon erwähnt, wissen, daß die Conservativen im Abgeordnetenhaus beim Justizetat zur Sprache zu bringen beabsichtigen, daß Herr v. Marschall in dem Prozeß den Vorsitzenden des Reichstages gewissermaßen matt gesetzt und als Dirigent, Staatsanwalt und Zeuge zugleich fungirt habe. Dagegen erhebt die „Nordd. Allg. Igt.“ entschieden Widerspruch. Wenn sie die Angabe der „Post“, daß eine solche parlamentarische Verhandlung bevorstehe, befeielt, so können wir nach Mitteilungen, die uns aus Berlin zugehen, diesen Zweifel nur bestätigen. Bisher weiß man von solchen Absichten conservativer Abgeordneten nichts. Sollte aber auch eine Interpellation an den Justizminister gerichtet werden, so würde er wohl auch um die Antwort nicht verlegen sein. Ein Correspondent der „Polnischen Zeitung“, der drei Tage lang der Prozeßverhandlung beigewohnt hat, erklärt, daß in voraussichtlicher Beziehung nichts gefordert ist, was sich nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang hielte. Es ist wahr, Frhr. v. Marschall hat als Zeuge eine sehr lebhafte und auch höchst nützliche Thätigkeit entfaltet, aber das war sein gutes Recht. Wenn andere Zeugen in anderen Prozessen nicht in derselben Weise an den Verhandlungen Theil nehmen, obwohl sie es möchten und dürfen, so erklärt sich die Unterlassung aus mancherlei Gründen. Mangelnde geistige Beweglichkeit, eine gewisse Besangenhheit, namentlich aber eine bei Laien begreifliche Unkenntniß der gesetzlichen Besugnisse des Zeugen, das Alles wirkt zusammen, um allerdings das entgegengesetzte Verhalten des Frhrn. v. Marschall zu einer Ausnahme zu machen, aber nur zu einer Ausnahme thätiger Natur. Soweit wir uns erinnern, ist es in der Verhandlung nur ein einziges Mal vorgekommen, daß der Vorsitzende den Freiherrn v. Marschall ein wenig in die Schranken zurückzuweisen hatte. Der Staatssekretär war an den Zeugentests getreten und hatte gebeten, dem Zeugen die und die Frage vorzulegen. Der Vorsitzende, Director Rösler, erklärte alsbald, daß er selbstverständlich — und es war wirklich selbstverständlich — die betreffende Frage auch ohne jenes Erfassen gestellt hätte.

Dass Herr v. Marschall bei diesen Verhandlungen mutter lebhaft und entschieden aufgetreten ist und aufstreiten mußte, ist durchaus bestätigt. Wie die „Fronde“ gegen Herrn v. Marschall arbeitet, zeigt auch die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ in ihrer gestrigen Ausgabe, worin sie erzählt, Herr v. d. Recke hätte seinen Abschied eingereicht, weil er in der Flucht des Herrn v. Marschall in die Deffensilität eine schwere Anklage gegen sein eigenes Ressort erblickt. Er habe in einem Bericht an den Kaiser nachgewiesen, daß die Scenen vor Gericht überflüssig gewesen wären. „Der Kaiser soll daraufhin das Entlassungsgesuch zunächst zurückgestellt und weiteren Bericht von anderer Seite eingefordert haben.“

„Was an diesen Gerüchten wahr ist — fügt

die antisemitische Blatt vorsichtigerweise hinzu — dürfte sich in den nächsten Tagen zeigen.“ Warten wir also die nächsten Tage in aller Ruhe ab. Die „Mitteilungen“ der „Staatsbürger-Zeitung“ sind eben nichts anderes, als fortgesetzte Steinwürfe gegen v. Marschall.

Die deutsch-amerikanischen Reibereien.

Die Proclamation Cleveland's, wonach die deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen vom 1. März 1897 ab zur Bezahlung von Tonnen geldern verpflichtet sein sollen, ist vielfach als eine der Bergungsmahnsregeln aufgesetzt worden, mit denen die Vereinigten Staaten die Erhöhung der amerikanischen Viehinfuhr u. s. w. nach Deutschland weit machen wollen. Dagegen schreibt Herr Dr. Barth, der eben von einer Reise nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist, in der „Nation“:

„Ich theile nicht die Meinung derjenigen, die da glauben, daß die jetzt erfolgte Geltendmachung der Tonnenabgaben gegenüber deutschen Schiffen als eine Retorsionsmaßregel im eigentlichen Sinne des Wortes zu betrachten sei; es er scheint viel wahrscheinlicher, daß concurrirende Rhederei interessen im Spiel sind, die sich hinter den nicht ganz klaren Wortlaut einer bestehenden Ver-

werden. Zu diesem Zwecke ist aber ein Club von hervorragenden Finanzmännern, Architekten und Grundbesitzern im Begriffe, eine Aktien-Gesellschaft zu gründen. Alles freie Land in der Umgegend wird aufgekauft und bebaut, und zwar auf eine Weise, welche dem Mittelstande, dem Arbeiter billige und gesunde Wohnungen sichert. Zu gleicher Zeit wird dadurch beim ungsfundenen Speculationsystem und Unternehmerthum, welches die Entwicklung der Stadt bisher tyrannisierte, eine ihr günstige, dem Ganzen aber ungünstige Richtung geleitet, die Spalte geboten. Es handelt sich also nicht allein um ein finanziell großartiges, sondern auch social bedeutungsvolles Unternehmen, an welchem sich zu beteiligen die Pflicht der Gelehrten aller Stände ist. Die Stimmung dafür ist eine vorzügliche, die Regierung, selbst der Hof interessiert sich dafür, die ganze Aristokratie. Vor allem ist es nötig, den großen Idee in allen Kreisen Eingang zu verschaffen, Vertrauen zu gewinnen. Dazu gehören vor allem Männer, deren Namen, Stellung, Wirkungskreis einen wohltätigen Einfluß ausübt. Es ist bereits als Vertreter der Aristokratie und des adeligen Grundbesitzes als Aussichtsrath in Aussicht genommen. Nun kommt aber die Hauptfache! Es handelt sich zu diesem Amt einen Mann zu finden, welcher das Vertrauen der Provinz besitzt, um auch diese für das Unternehmen zu gewinnen.“

„Und dazu bist gerade du vorzüglich geeignet, als königlicher Beamter, langjähriger Verwalter einer der wohlhabendsten Bezirke. Ich habe dich bereits in Vorschlag gebracht und im Falle deiner Einwilligung zweifle ich nicht, damit durchzudringen. Es handelt sich für dich um ein anfängliches Gehalt von mindestens 4000 Mk., das sich binnen kurzen verdoppeln, verdreifachen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Gonone.

Roman von Anton v. Persfall-Schliersee.
[Nachdruck verboten.]

39)

(Fortsetzung.)

Johanna ließ die Nacht der Gedanke nicht schlafen, wie Papa von seinem Kummer zu erlösen und dieser Mensch rasch zu befriedigen sei. Das Ergebnis war Regina. — Nach langer Zeit erhielt diese wieder einen Brief von Johanna. Es handelte sich darum, Papa einen großen Kummer vom Herzen zu schaffen. Sie sollte doch umgehend dreihundert Mark senden.

Einen Tag darauf hatte Johanna schon das Geld in Händen, trat triumphirend in das Comtoir Tapeiners und zählte die Goldstücke vor ihm auf.

„So, jetzt können Sie wieder ruhig schlafen. Sie — harter Mann!“ Sie wollte nach dieser kühnen That rasch entweichen, aber der Kaufmann hielt sie zurück.

„So denken Sie sich das, Fräulein Johanna!“ Sie haben ja schon hübsche Fortschritte gemacht. Zwei von eins geht nicht, borg ich mir eins.“

„Was kümmert das Sie, auf welche Weise ich dem armen Papa helfe“, sagte sie entrüstet.

„Das kümmert mich sehr viel, verehrtes Fräulein, weil ich den armen Papa sehr lieb habe, viel lieber als Sie ihn haben, weil ich nicht will, daß Sie hinter dem Rücken des armen Papas Geldgeschäfte machen und dem armen Papa das Leben so sauer machen, weil ich nicht will, daß Sie den armen Papa in's Unglück bringen. Das Antlitz des Kaufmanns war jetzt zornigerrot, aus seinen Worten klang ein heiliger Zorn. Die stolze Johanna stand niedergeschmettert vor dem kleinen verachteten Kaufmann.

„Aber ich bitte Sie“, stammelte sie, „wie können Sie nur — ich den Papa . . .“ Da brach sie in

ordnung gehemmt und schließlich obgesiegt haben, weil das langandauernde Deficit im Staatshaushalt naturgemäß allen Agitationen entgegenkommt, die erhöhte Einnahmen in Aussicht stellen. In weiterer Linie mag dann ja allerdings auch die Erwähnung eine Rolle mitgespielt haben, daß Deutschlands Verhalten amerikanischen Arbeitsproduzenten und amerikanischen Versicherungsgesellschaften gegenüber eine besondere Rücksichtnahme nicht erhebt.

Was das Einführverbot lebenden Vieches u. s. w. betrifft, so meint Herr Dr. Barth, es sei begreiflicher Weise sehr schwer, die Amerikaner von der Berechtigung dieser Maßregel zu überzeugen, wenn sie gleichzeitig sehen, daß dasselbe Viech und dieselben Fleischprodukte, die in Deutschland aus gesundheitlichen Gründen beanstanden werden, in England in ungeheuren Mengen seit Jahr und Tag eingeführt sind, ohne daß dort jene Gefahren zu Tage treten, vor denen sich Deutschland schützen zu müssen glaubt. Ferner werde man dem Amerikaner, der auf seine großen Lebensversicherungsgesellschaften wie "Equitable" und "Mutual" mit vollem Rechte außerordentlich stolz ist, nie begreiflich machen, daß es ein legitimes Interesse außerhalb des Concurrenteninteresses gebe, welches den Ausschluß solcher Gesellschaften vom Wettbewerb in Preußen gerechtfertigt erscheinen lasse. Die Hauptfazette bleibe doch, ob die Gesellschaften, um die es sich handelt, wirklich solvent und solide sind und das könne vernünftiger Weise nicht bestritten werden.

"Ich sollte meinen", schließt Herr Barth, „das nationale Interesse, welches sowohl in Deutschland wie in den Vereinigten Staaten freundliche Beziehungen zwischen beiden Ländern wünschenswert und vortheilhaft erscheinen läßt, ist so groß, daß es unmöglich schwer sein kann, alle diese, an sich verhältnismäßig unbedeutenden Reibereien bei einem guten Willen von beiden Seiten aus der Welt zu schaffen. Es besteht in den Vereinigten Staaten durchaus keine Antimotivität gegen Deutschland, ebenso wenig, wie das bekanntlich betreffs der amerikanischen Union bei uns der Fall ist; aber bureauratrische Ungezüglichkeiten haben schon oft grobes Unheil angerichtet, und deshalb wäre es gut, wenn man nicht erst wartete, bis die gegenwärtige Misstimming größere Dimensionen angenommen hat. Es wäre erwünscht, wenn das Auswärtige Amt sich mit der Regelung aller dieser Dinge befassen könnte und nicht durch die Ressortfeuerkugel preußischer Minister daran verhindert würde."

Politische Tagesschau.

Danzig, 14. Dezember.

Reichstag.

Der Reichstag beendete am Sonnabend die erste Berathung der Postdampfervorlage. Auch in der heutigen bis 6½ Uhr währenden Debatte wurde der Hamburger Streik einer ausführlichen Befreiung unterzogen. Nachdem Abg. Chni (süd. Volksp.) gegen und der Antisemit Föster (für seine Person) für die Vorlage eingetreten waren und der Staatssekretär Dr. v. Stephan einige Berichtigungen vorgebracht hatte, ergriß das Wort:

Abg. Dr. Barth (Frei. Verein): Redner bemerkte zunächst bezüglich des Hamburger Streiks, er ziehe jedesfalls eine schiedsrichterliche Einigung vor; er bedauerte, daß die Arbeitgeber eine solche abgelehnt hätten. Im übrigen sei zu bedenken, daß sich in Deutschland bei keinem Gewerbe, die nothleidenden Grundbesitzer nicht ausgenommen, das angelegte Kapital so schlecht verjüngt wie bei der Rheiher. Es kämen da nicht 3 Prozent heraus. Die Rheiher hätten gerade in der letzten Zeit eine Krise zu überwinden gehabt und seien nicht lauter reiche Leute. Redner weist den Vorwurf des Abg. Paasche zurück, daß die englischen Rheiher den Streik angestachelt hätten. Was müßten das für Esel sein! Die "Hamburger Nachrichten" hätten sogar die englische Regierung verdächtigt. Wir hätten alle Ursache, uns Englands Freundschaft nicht zu verschonen. Dr. Barth geht sodann auf die Vorlage ein und erinnert unter stürmischer Heiterkeit des Hauses daran, wie im Gegensatz zu Singers Rede der Socialdemokrat Diek im Jahre 1885 mit großer Wärme für die Subventionsvorlage eingetreten sei und gesagt habe, dieselbe komme nicht bloß dem Großkapital, sondern auch dem Arbeiterstande zu gute. Ohne die Sozialisten wäre die Vorlage nicht bewilligt worden. Redner sei damals nicht Mitglied des Hauses gewesen und würde wahrscheinlich gegen die Vorlage

gestimmt haben, da er ein prinzipieller Gegner des Subventionswesens sei. Aber ein Unterschied sei es doch, ob man eine solche Sache überhaupt nicht erst ansingt oder ob man das Unternehmen, nachdem es einmal in's Leben gerufen worden ist, wieder aufgibt. Auch Abg. Rickert und meine Freunde hätten ausdrücklich betont, daß sie nicht unter allen Umständen auch später eine Subvention ablehnen würden. Das ganze deutsche Volk habe jetzt ein lebhafes Interesse daran, daß dieses Unternehmen durch Zuführung neuer Mittel lebensfähig bleibe und sich wirtschaftlich entwickle. Sein Partei mache jedenfalls ihr Endurteil von den Verhandlungen in der Commission abhängig. (Beifall.)

Abg. Molkenbuhr (SOC.) behandelt besonders den Hamburger Streik und kritisiert die Lohnlisten des Staatssekretärs v. Bötticher. Es handele sich da zum Theil um Erbschleute, deren Bejuge mit auf das Conto des eigentlichen angestellten Arbeiters kämen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher bestreitet, daß der Staat geholfen habe, wie der Vorredner behauptete, auf die Frachten zu drücken und weist auf eine ihm vorliegende Lohnliste der Firma Kehrtmann hin, welche Löhne von 1911 bis 2341 Mk. ergeben bei 42 Arbeitsstunden pro Woche. Die Rheiher hätten sich auf das Schiedsgericht nicht eingelassen wegen der brutalen Angriffe der Arbeiterpresse. In dem Momente, wo die Arbeiten wieder aufgenommen werden würden — diese Zustellung habe er aus Rheiherkreisen — die Rheiher mit sich reden lassen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frhrn. v. Gumm (Reichsp.), Jeben (nat.-lib.), Legien (SOC.), Dr. Hahn (b. k. F.) und v. Elm (SOC.) wurde die Debatte geschlossen und die Vorlage an eine Commission verwiesen.

Montag findet die dritte Berathung der Justiznovelle statt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies in seiner Sitzung am Sonnabend nach langer Debatte die Anträge Weyerbusch und Boehm betreffend die Abänderung des § 54 resp. 55 des Communalsteuergesetzes (Höhe der Realsteuern), gegen welche sich sehr entschieden der Minister des Innern v. d. Recke erklärte, an eine Commission. Montag findet die letzte Sitzung vor den Ferien statt. Auf der Tagesordnung steht die zweite und dritte Lesung der Haussteuernovelle und die erste Lesung der Stadt- und Landgemeindeordnung von Hessen-Nassau.

Der letzte Tag der Justiznovelle.

Heute findet die dritte, entscheidende Lesung der Justiznovelle im Reichstage statt. Hierzu haben die Deutsch-Conservativen Abänderungsanträge eingebracht, die im wesentlichen auf die Wiederherstellung der in der zweiten Berathung abgelehnten Beschlüsse der Justizcommission hinauslaufen. Als die zweite Berathung begann, brachten dieselben Abgeordneten Abänderungsanträge ein, welche die von der Commission abgelehnten Vorschläge der Vorlage wiederherstellen sollten. Jetzt halten die Conservativen die Beschlüsse des Plenums für unannehmbar, dagegen die noch kürzlich perhorrescirten Beschlüsse der Commission für annehmbar und erwünscht. Doch immerhin ein kleiner Fortschritt, aber verbessert sind damit die Chancen des Entwurfs nicht.

Nach diesen Anträgen soll also das Hilfssrichterthum bestehen bleiben; die Strafkammern in erster Instanz in der Besetzung mit drei Richtern entscheiden. Daß eine periodische Druckschrift nur an dem Orte ihres Erstwinkens zur Verantwortung gezogen werden kann, wollen Manteuffel u. Gen. gnädigst concediren, aber den Zeugnisszwang bei der Presse halten Sie nach wie vor für eine wohlthätige Einrichtung. Dagegen wird — man könnte fast sagen — verständiger Weise auf den Vorred verzichtet. Auch die von dem Centrum in zweiter Lesung durchgesetzte Bestimmung über das Geheimnis wird nicht beanstanden — ein deutliches Zeichen, daß man auf ein Compromiß mit dem Centrum rechnet. Daraus wird ferner der Beschluß über die Beschränkung der Beweisaufnahme vor den Strafkammern. Auch den Ausschluß der Verlesung der Zeugen auslagen erster Instanz in der Berufungsinstanz will Manteuffel zulassen, obgleich das Verfahren dadurch zu einer Nachprüfung der in erster Instanz festgestellten Thatsachen herabsinken würde. Ferner beantragt Manteuffel die Wiederherstellung der Bestimmung, daß das Wiederaufnahmeverfahren nur beim Beweis der "Unschuld" zugelassen werden soll! Mit anderen Worten

Oranien und Herr Schieke Alba. Die entscheidenden Gespräche zwischen Oranien und Egmont und später zwischen Alba und Egmont gehörten zu den gehaltvollsten Scenen des Abends und zeigten alle drei Beteiligten von der besten Seite. Mr. Miller gab den Machiavelli gut in Haltung und Betonung, doch zuweilen nach unserem Empfinden etwas zu warm für den diplomatisch feinen und zurückhaltenden Secretär. Von den weiblichen Rollen ist in erster Linie wieder rührend zu nennen Frau Gaudinger als Margaretha. Fräul. v. Bloch erschien zum ersten Male als Alärrchen und spielte diese liebliche Figur richtig und sicher. Für das Lied erklang ihre Stimme freilich etwas schwach. Albas Sohn Ferdinand benahm sich etwas ungeeignet und hölzern, sprach auch nicht gut. Während des Selbstgespräches Albas im vierten Aufzuge standen Ferdinand und Silvia steif wie zwei Bildsäulen im Hintergrunde. Der Aufmarsch der sogenannten Spanier entsprach wenig ihrer Aufgabe, die ganze Aufführung jedoch hinterlich einen guten und nachhaltigen Eindruck.

Mit Millöckers "Gasparone" hat Sonntag Abend das Operetten-Ensemble die Scharfe des vorausgegangenen Operetten-Abends ausgewehlt. Reiser vermittelte allerdings nur einen Theil der Vorstellung beizuhören, doch genügte das, um sich von einer allerseits recht angeregten, auch musikalisch in strammem Juge gehaltenen Aufführung zu überzeugen. Die Gräfin Carlotta und der Conte Erminio (Pseudo-Gasparone) waren gelanglich wie darstellerisch bei dem Ehepaar Preuse bestens aufgehoben, ihre Duette im ersten und zweiten Act gerielten der Vorstellung zu wirklicher Zierde. Auch Fr. Grüner (Wirthin Gora) sang und spielte gestern frischer, munterer und prächtlicher. Ihr Tanzlied "Hör' doch die Töne, Estrella", bei welchem der Thor mit Lust secundirte, erhielt den lebhaften Beifall wohlverdient. Den geriebenen Schmugglerwirth Benozzo gab Herr Eisner mit flotter Lebendigkeit und auch Fr. Aufscherra, die Herren Aufscherra und Arndt ließen sich, ohne über den Rahmen ihrer Rollen hinaus zu treten, in der Ausübung der dramatischen Momente nichts abgehen. Die Thore klappten und der furchterliche Donner im zweiten Act — klappten mit Virtuosität.

Die Conservativen fordern unbedingte Unterwerfung. Dass die Frage der Besetzung der Strafkammern mit fünf Richtern lediglich eine finanzielle ist, hat die Verhandlung in der zweiten Berathung zur Genüge ergeben; eine halbe Million Mark ist für Herrn Miquel unerschwinglich.

Da diese Frage gleich im Anfange der dritten Berathung zur Entscheidung steht, so wird der Reichstag der Regierung dankbar sein können, wenn sie nach Ablehnung des Antrages Manteuffel zu § 77 die Vorlage zurückzieht und dadurch die weiteren Redebüungen überflüssig macht. Nach Erledigung der Justiznovelle kann der Reichstag mit gutem Gewissen in die Weihnachtsferien gehen.

Für heute liegt, wie schon erwähnt, auch die bestimmte Absicht vor, den Projeck Lechert-Lühnow zur Sprache zu bringen.

Die Dienstalterszulagen der Lehrer.

Die entschiedene Stellungnahme der Staatsregierung gegen den Versuch, neben einer Erhöhung der Dienstalterszulagen der Lehrer von je 80 auf je 100 Mark von im Ganzen 720 auf 900 Mark, auch eine Verkürzung der Dienstzeit bis zur Erreichung des Höchstbetrages von 31 auf 28 Dienstjahre durch Abänderung der 3 mittleren Altersstufen von je 3 auf 2 Jahre herbeizuführen, beruht, wie die "B. P. N." mittheilt, zum Theil auf Erwägungen finanzieller Natur. Durch die Erhöhung der Dienstalterszulagen von 80 auf 100 Mark wird die Belastung des Staates von 5,3 auf 9,3 Millionen Mark erhöht werden, auch wird dadurch ein jährliches Anwachsen der auf rechtlicher Verpflichtung beruhenden Belastung des Staates noch über den jetzigen Betrag hinaus bedingt. Für den Mehrbedarf von 4 Millionen Mark bietet der Staat für 1896/97 keine Mittel, aber daß der Staat der Wirklichkeit nicht entsprechen und daß der Erfäßbenschluß viel günstiger sein wird, ist wohl nicht zweifelhaft. Der Schwerpunkt der Einwendungen, welche vom Standpunkte der Staatsregierung gegen jenen, inzwischen wieder aufgehobenen Beschluß erhoben sind, liegt in dem Widerspruch, in welchem jene Verkürzung der Dienstzeit der Volkschullehrer bis zur Erreichung des Höchstgehalts und die Verkürzung der mittleren Dienstaltersstufen um ein Jahr mit den Gründsätzen stehen, auf denen die Ordnung der Dienstaltersbezüge bei den Staatsbeamten beruht.

Merkwürdig — hier soll plötzlich der Vergleich der Volkschullehrer mit den Staatsbeamten gelten. Wenn man aber auf das höhere Minimalgehalt der Beamten hinweist, dann will man von einem solchen Vergleich nichts wissen.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Dez. Der Gesamtvorstand des Reichstages hat beschlossen, unter Benutzung der Reichstagsbaustelle an der Ecke des Reichstagsusers und des Reichstagsplatzes ein Prästdialgebäude in einfacher Weise ohne besondere Repräsentationsräume zu bauen und im Reichstagssat 25 000 Mk. für die Projektierung einzusezen. (Ursprünglich soll für das Gebäude die große Summe von 2½ Millionen Mark in Aussicht genommen gewesen sein.)

— Der Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ist dem Reichstag vorgelegt worden.

— Die Privatbeleidigungsklage des Herausgebers der "Deutschen Zeitung" Dr. Lange gegen Karl Peters ist auf Antrag des Vertheidigers Peters mit der Zustimmung des Klägers auf den 9. Jan. verlegt worden. Dr. Peters ist noch nicht in Berlin eingetroffen, legt jedoch besondere Werth darauf, den Verhandlungen beiwohnen.

— Als charakteristisch heben hiesige Blätter hervor, daß der verurteilte Journalist v. Lühnow auf der Journalistentribüne des Reichstages als Vertreter der agrarischen "Bank- und Handelszeitung" arbeitete.

* Fr. v. Marschall ist, wie die "Frei. Ztg." meldet, erkrankt und soll bettlägerig sein. Nach den Aufregungen der mehrjährigen Prozeßverhandlungen, welche den Staatssekretär unausgesetzt in Noabit fesselten, während dahin Bergre von Acten zu erledigen waren, ist ein solches Unwohlsein erklärlä. Dem "Lokal-Anz." folgemußte Herr v. Marschall am Sonnabend zwar noch das Bett hüten; er wird aber, wie dem "Lokal-Anz." auf seine Erkundigung mitgetheilt wird, voraussichtlich sehr bald in der Lage sein, seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen.

* Majestätsbeleidigung. In Magdeburg hatte ein socialdemokratisches Blatt absäßige Bemerkungen bezüglich des zahlreichen Erlegens von Wild auf den Lehniger Treibjagden gemacht. Der Redakteur wurde daraufhin wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt, obwohl er in Abrede stellte, von der Theilnahme des Kaisers an diesen Jagden zu wissen.

* Zum Fall Brüsemith. Verwandte des erstickten Mechanikers Siepmann hatten sich unter dem 10. November an den Kriegsminister von Gohler mit der Bitte gewandt, die Vernehmung des bisherigen Chefs der Kasseküche im "Tannhäuser", sowie eins weiteren, in Trarbach an der Mosel wohnhaften Zeugen zu veranlassen. Darauf ist, wie die "Doss. Ztg." berichtet, auf Veranlassung des Kriegsministers nur der Beschluß ertheilt worden, der Rückenchef hätte sich inzwischen von Karlsruhe politisch abgemeldet; sein jetziger Aufenthalt sei nicht zu ermitteln. Der in Trarbach wohnhafte Zeuge sei seiner Zeit nicht mit vorgemerkt worden; auch sei das Verfahren bereits zu Ende. — Da wird nun hoffentlich auch bald Auskunft über die Höhe der Herrn v. Brüsemith getroffen.

* Anonymität der Presse. Das "Deutsche Wochenblatt" des Herrn Abg. Dr. Arendt macht in Anknüpfung an den Projeck Lechert-Lühnow den Vorschlag, die Anonymität der Presse fallen zu lassen und einen gesetzlichen Zwang dafür einzuführen, daß jeder Preschartiell mit dem Namen des Verfassers unterzeichnet werden. — Nach der bekannten Mustern! Unter Napoleon III. bat man in Frankreich dieses Mittel schon angewandt, um die Presse ihres Einflusses zu entkleiden. Dieses Anebelungssystem ist gerichtet und es wird nicht wiederkehren, bevor nicht die extremste Reaction zur Herrschaft gelangt, troch einzelner Einwendungen, die man gegen die Anonymität machen mag.

Dresden, 14. Dez. Zwei höhere Betriebsbeamte der sächsischen Staatsbahn, denen die Schuld an dem Auftreten des Dresdener Schnell-

juges auf den kaiserlichen Hofzug auf dem Bahnhofe in Löbau am 12. September beigegeben wird, sind unter Anklage gestellt worden. Die Angelegenheit kommt demnächst vor dem Landgericht in Bauzen zur Verhandlung.

Schiffs-Nachrichten.

Die Opfer der "Galier"-Katastrophe. Bremen, 12. Dez. Der Norddeutsche Lloyd bestätigt, daß die Gesamtzahl der an Bord des "Galier" befindlich gewesenen Passagiere 214 betrage. Die Ziffer schließt die in Corunna an Bord genommenen Passagiere ein.

Nähere Details über die furchtbare Schiffs-Katastrophe, der 214 Zwischendeckspassagiere und 66 Mannschaften zum Opfer gefallen sind, liegen auch heute noch nicht vor. Über die Ursachen, welche den Untergang des "Galier" herbeigeführt haben, dürfe eine sichere Aufklärung auch wohl niemals zu erlangen sein, falls die kaum mehr zweifelhafte Annahme ihre Bestätigung findet, daß kein Zeuge des Unglücks am Leben geblieben ist. Der Capitän Laufendfreund vom belgischen Dampfer "Antwerpen" scheint sich in der Nähe des Unglückschiffes befunden zu haben, leider ohne helfen zu können. Er berichtet darüber nach Bremen: „Ich befand mich mit meinem schwerbeschädigten Schiff in der Nähe eines großen Dampfers, der dem Untergang geweiht sein mußte; denn ich hörte Hilferufe, die selbst die furchtbare Brandung übertönten. Ich konnte keine Hilfe leisten, weil ich jeden Augenblick eine Katastrophe meines Dampfers befürchten mußte. Es war finstere Nacht. Der Untergang muß schnell erfolgt sein, denn ich vernahm weder Raketensalven noch Signalschüsse.“ Wie sich jetzt herausstellt, ist noch ein zweiter Deutscher mit dem "Galier" untergegangen und zwar der bisher als Russe aufgefahrene Johannes Appelhanz. Ferner wird gemeldet, daß der dritte Offizier des "Galier", Heinrich Gehrels, ein Bruder des Arztes gleichen Namens ist, der seiner Zeit mit der "Elbe" unterging.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 14. Dezember.

Wetteraussichten für Dienstag, 15. Dez., und zwar für das nordöstliche Deutschland: Vielfach heiter, meist trüb, kalt. Frischer Wind.

* Bon der Weichsel. Bei Chvalowice ist der Wasserstand von 2,53 Meter am Sonnabend bis gestern auf 2,80 Meter ferner gestiegen. Es scheint unterhalb einer Eisstopfung eingetreten zu sein. Aus Marienwerder wird telegraphiert, daß der Traject dagegen jetzt nur bei Tage mit Postkähnen für Personen und leichte Päckereien bewirkt wird.

* Eisberichte. Der Herr Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts hat auf Antrag des Vorsteher-Amts der Kaufmannschaft genehmigt, daß die Eisberichte der Küstenbezirks-Inspektionen auf den südwestlichen Theil des frischen Haffs ausgedehnt werden.

* Elektrische Straßenbahn. Auf der Linie Heumarkt-Odra tritt vom 15. d. Mts. ab ein neuer, im Annoncenheft enthaltener Fahrplan in Kraft, der gegen den bisherigen infofern verändert ist, als von 4 Uhr Nachmittags bis 9 Uhr Abends die Wagen von beiden Endpunkten nicht alle Viertelstunde, sondern alle 20 Minuten abgehen, und zwar mit bestimmten Abgangszeiten um 4 Uhr, 4 Uhr 20 Min., 4 Uhr 40 Min., 5 Uhr u. s. w. Diese Änderung ist behördlicherseits veranlaßt, weil die schnelle Fahrt, welche durch das viertelstündige Intervall bedingt ist, in der Dunkelheit auf der zum Theil engen schlecht beleuchteten Straße Collisionen mit anderen Fuhrwerken befürchten läßt. Ueberdies konnten, sobald Abends mit Anhängerwagen gefahren wurde, die viertelstündigen Abgangszeiten nicht pünktlich eingehalten werden, was vom Publikum oft unangenehm empfunden worden ist. Eine fernere Änderung des Fahrplanes besteht darin, daß die Abendwagen von Odra nicht wie bisher um 9½, 9¾, 10¼, 10¾, 10¾, 11¼, 11¾, sondern um 9½, 10, 10½, 11, 11½ und 12 Uhr abgehen.

* Moskauer Internationale Handelsbank. Der Moskauer Internationale Handelsbank, welche bekanntlich ein Filial-Institut in Danzig hat, ist seitens des kais. russischen Finanzministeriums die Genehmigung zur Eröffnung von Filialen auch in Stettin und Rotterdam ertheilt worden.

* Fortbildungsschulzwang in Westpreußen und Posen. Die dem Herrenhause zugegangene Novelle zum Gesetze über die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen will einen Missstand be seitigen, dessen Abstellung durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 noch nicht gelungen ist. Zur Errichtung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen ist der Minister für Handel und Gewerbe ermächtigt, auch kann er die nicht 18 Jahre alten Arbeiter an denjenigen Orten, wo ein dahin gehendes Ortsstatut nicht besteht, zum Besuch des Unterrichts verpflichten. Als von der letzteren Ermächtigung mittels Polizei-Verordnungen Gebrauch gemacht war, wurden die Schulen meist regelmäßiger besucht. Indessen erklärte das Kammergericht die Polizei-Verordnungen für ungültig,

Im Sommer 1896 geschlossen. Die dem Herren-
haus zugegangene Novelle soll diesem Zustande
ein Ende machen.

* Westpreußischer Geschichtsverein. In der
vorigestrichen Sitzung machte Herr Stadtbaudirektor Dr.
Damus zunächst Mittheilungen über die Aus-
arbeitung historisch-statistischer Grundkarten.
Diese Grundkarten, welche nach den Vorschlägen
des Herrn Professors v. Thubichum nach den Ge-
neralstabskarten in dem Maßstabe von 1: 100 000
angesertigt sind, enthalten die Flüsse, die
Namen der Ortschaften und die Grenzen
der einzelnen Gemarkungen. Sie dienen zu dem
Zwecke, daß ein Lokalforscher in ihnen die
Resultate seiner Forschungen auf historischen,
kulturgeographischen und anderen Gebieten ein-
zeichnet. Dann werden die so ausfüllten Karten
in den Archiven gesammelt und bilden nun ein
vortreffliches Material für die Anfertigung
historischer Karten, sowie für die gesammte Ge-
schichtsforschung überhaupt. Die Angelegenheit
hat dem Gesamtverein der deutschen Geschichts-
und Alterthumsvereine und den Vertretern der
Publications-Institute auf ihren diesjährigen
Wanderversammlungen vorgelegen und hat
dort eine freundliche Aufnahme gefunden. Die
Reichsregierung hat es zwar abgelehnt, die
Sache in die Hand zu nehmen, doch haben nicht
nur einzelne deutsche Regierungen, sondern auch
preußische Provinzen, wie z. B. Schleswig-Holstein
und Brandenburg, Mittel für die Anfertigung
solcher Grundkarten gewillt. Falls die Provinz
Westpreußen diesem Beispiel sich anschließen sollte,
so würde es auch der westpreußische Geschichts-
verein nicht ablehnen, die Provinzial-Verwaltung
in diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Dann hielt Herr Dr. Remus-Graudenz einen
Vortrag über Westpreußen in den Räumen
um die Ostseeherrschaft. Trotzdem die großen
Entdeckungen im Laufe des 16. Jahrhunderts die
Aufmerksamkeit auf den atlantischen Ozean ge-
lenkt hatten, hatte die Ostsee ihre Bedeutung für
den europäischen Handel keineswegs ver-
loren, und am Ende des 16. und dem Beginne
des 17. Jahrhunderts fanden heiße Kämpfe
um die Herrschaft auf derselben statt. War
schien es, daß Polen die Überhand gewinnen
würde; als Sigismund III. König von Schweden
und Polen wurde, aber die Schweden jagten ihn
und seine Jesuiten bald aus dem Lande und
wählten seinen Sohn Karl IX. zum König. Von
nun an begannen die Kämpfe zwischen Polen und
Schweden, die einen lebhaften Charakter an-
nahmen, als der energische Sohn Karls, Gustav
Adolf, 1622 in Pilsau landete, im raschen Sieges-
laufe das polnische Westpreußen eroberte und
seinen Sitz in Elbing nahm. Die Eroberung
wäre vollständig gewesen, wenn nicht Danzig
ihm seine Thore verschlossen gehalten hätte.
Im Jahre 1629 trat noch ein neuer Feind,
Wallenstein, gegen ihn auf, der gleichfalls
nach der Ostseeherrschaft strebte und in Gustav
Adolf seinen gefährlichsten Gegner sah. Dieser
schloß 1629 einen Waffenstillstand mit Polen und
bekämpfte Wallenstein in Deutschland, wo er in
der Schlacht von Lübeck fiel.

Westpreußen befand sich in der ersten Zeit nach
der polnischen Eroberung in nicht ungünstiger
Lage. Die Verwaltung war bis in die Mitte des
16. Jahrhunderts hinein eine verständige und
gerechte. Danzig war damals die reichste Stadt
im europäischen Osten und auch Elbing und Thorn
übertrafen an Reichthum und Bedeutung sämtliche
polnischen Städte. Das Land befand sich in
hoher Cultur und war stark bebaut. Das
Gumpsgebiet der Niederung war in fruchtbare
Land verwandelt worden, die Mennoniten hatten
die Viehzucht auf eine hohe Stufe gebracht und
von den Holländern war der Anbau von Buch-
weizen eingeführt worden. Die Handwerker
fanden in den Dörfern einen guten Verdienst,
die Bedürfnisse waren gestiegen, die Bildung stand
auf einer verhältnismäßig hohen Stufe, so daß
viele Bauern Wirtschaftslager führten. Erst als
in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der
deutsche Adel nach und nach polonisiert wurde,
und immer mehr Polen in die Verwaltung kamen,
wurde die Verwaltung schlechter. Dazu kamen
noch die religiösen Zwistigkeiten, da die Jesuiten
die Reformation in Polen auszurotteten bestrebt
waren. Am meisten litt das flache Land
unter diesen Zuständen, während die Städte
sich besser zu schützen verstanden. Deshalb wurde
Gustav Adolf freundlich aufgenommen, da er eine
gerechte Verwaltung schuf und den Bedrückungen
der Evangelischen ein Ende mache. Die Gründe,
die das Städteregiment zu Danzig veranlaßt haben,
eine feindliche Haltung gegen den nordischen König
einzunehmen, lagen vor allem in dem Umstände,
daß die Stadt auf ihr Hinterland nicht verzweigt
wollte. Dann hatte sie unter der polnischen
Herrschaft eine größere Selbstständigkeit und
außerdem fürchtete sie durch ihre Zugehörigkeit
zu Schweden in die zahlreichen Händel dieses
feindlichen Staates verwickelt und dadurch in
ihrem Handel geschädigt zu werden.

Noch einmal versuchte Schweden unter Karl XII.
die Herrschaft auf der Ostsee zu gewinnen. Der
Versuch endete jedoch mit dem Zusammenbruch
der schwedischen Macht. Seitdem ist als neuer
Bewerber um die Vorherrschaft das nordische
Kaiserreich Russland auf dem Plan erschienen.

* Stadttheater. Morgen gelangt durch die
Schülerzeitung das oberbayerische Volksstück „Im
Austragstüberl“ zur Darstellung. Das „Austrag-
stüberl“ ist die Wohnung, welche von dem Ueber-
geber eines Bauern-Gutes an seine Erben für sich
und seine Ehefrau nebst lebenslanger Ver-
sorgung vorbehalten wird, indem gewöhnlich das
Alter oder die Gebrechlichkeit des bisherigen Be-
sitzers die Veranlassung zum Abschluß eines
solchen Vertrages geben. Hier spielt sich nun ein
interessantes, fesselndes Dorfspiel ab, auf dessen
Inhalt näher einzugehen wir unserem Schauspiel-
freunden überlassen müssen.

* Weihnachtsgratifikationen. Den Regle-
gungs-Beamten, den Beamten des königl. Ober-
präsidiums und der königl. Strombau-Direction
find am Sonnabend Weihnachts-Remunerationen
in der üblichen Höhe ertheilt worden.

* Eisaustrich. Nachdem das Eis auf der
Stadttheater bis zur Gr. Plehnendorf-Schleuse
aufgebrochen worden und in verfloßener Nacht
wieder Frost eingetreten, ist heute vom Herrn
Polizeipräsidenten das weitere Auftreten mittels
Dampfers verboten worden. Das Auftreten
hatte nur den Zweck, die auf den erwähnten

Strecke lagern den Hölzer freizulegen und auf die
Ladeplätze zu schleppen, was nunmehr geschehen ist.

* Zum Weihnachts-Reiseverkehr. Wie wir
schon früher mitgetheilt haben, ist auf den preußi-
schen Staatsbahnen und anschließenden Privat-
bahnen während der Festzeit vom 22. Dez.
bis 6. Jan. verlängerte Gültigkeitsdauer eingeräumt worden.
Eine hierauf bezügliche Bekanntmachung der
hiesigen Eisenbahndirection befindet sich heute im
Announce.

* Deutsch-Österreichischer Alpenverein. Gestern
Abend hielt die Section Danzig des deutsch-österreichi-
schen Alpenvereins im „Hotel du Nord“ die General-
versammlung ab. Der Vorsitzende Herr Dr. Hanff
ststatedte den Jahresbericht, aus dem wir bereits
Mittheilungen gemacht haben, und sprach die Hoffnung
aus, daß der Bau einer Hütte in der Janes-Alp im
nächsten Jahre in Angriff genommen werden könnte.
Die Mitgliederzahl sei steig im Steigen. Herr Bankier
Gelhorn gab einen Auszug aus dem Kostenbericht.
Das Vereinsvermögen beträgt ca. 1500 Mk. Dem Vor-
anschlag nach könnte man den Überschüß im neuen
Vereinsjahr auf ca. 280 Mk. bemessen. Der Vor-
sitzende wies darauf hin, daß die Danziger Section sich
an einer Spende des Centralvorstandes beteiligen
werde, welche dem Kaiser Franz Josef zu seinem
50jährigen Regierungs-Jubiläum 1898 dargebracht
werden solle. Es handele sich um eine Stiftung zur
Linderung alpiner Unglücksfälle, die im ganzen
ca. 100 000 Mk. befragen werde. Bei den darauf
folgenden Wahlen wurden zu Rechnungs-Revisoren
die Herren Poschmann und Lau, zum Vor-
sitzenden Herr Dr. Hanff, zum Schatzmeister
Herr Bankier Gelhorn und zum Schrift-
führer Herr John Holt gewählt. Zum Schluss
hielt Herr Dr. Terleshki einen Vortrag über seine
diesjährige Reise in den Dolomiten. An der Hand von
zahlreichen Photographien und einer großen Routenkarte
schilderte der Redner eine Woche in den Dolomiten,
in denen er eine Anzahl seltener Besteigungen
gemacht hat. Mit Humor würdigte er Land und Leute
und alle jene kleinen Touristenfreuden und -Leiden und
schilderte die großartige Flora und Fauna der Gegend.
Der Abend endete mit einem gemeinsamen Essen seinen
Abschluß.

* Eigenartiger Rechtsstreit. Der I. Senat des
Oberverwaltungsgerichts beendigte am 11. d. M. einen
eigenartigen Rechtsstreit, den der Ortssteuererheber Riemert
zu Skurz gegen den Herrn Regierungs-Präsidenten in
Danzig erhoben hatte. Riemert war mit dem Land-
rat Hagen in Conflict geraten und war in einer Dis-
cipinarstrafe von 9 Mk. genommen worden. Riemert
führte darauf über den Landrat Beschwerde beim Re-
gierungspräsidenten; letzterer wies jedoch die erhobene
Beschwerde als unbegründet zurück. In seiner Be-
schwerde hatte Riemert den Landrat Hagen meistens
nur Hagen genannt und den Titel Landrat fortge-
lassen. Als dem Landrat Hagen hieron Mittheilung
gemacht wurde, sah er sich veranlaßt, den Ortssteuer-
erheber Riemert, da der selbe die dem Landrat ge-
bührende Achtung und Ehreerbietung außer Acht ge-
lassen habe, in eine neue Ordungstrafe von 9 Mk. zu
nehmen. Riemert erhob darauf wieder Beschwerde beim
Regierungs-Präsidenten und erklärte, es habe
ihm fern gelegen, den Landrat zu beledigen,
auch seien zu wiederholten Malen von der
Regierung Verfügungen ergangen, das Schreib-
wesen möglichst einzuschränken und alles Überflüssige
fortzulassen. Der Regierungspräsident wies jedoch die
Beschwerde des Steuererhebers abermals zurück und
erachtete die über den Beschwerdeführer verhängte
Strafe für angemessen. Gegen Riemert verklagte
der Regierungs-Präsident beim Oberverwaltungsgericht
und wies darauf hin, daß er sich sonst nie etwas habe
zu Schulden kommen lassen; er habe den Landrat an
Anfang seiner Beschwerdefchrift Landrat Hagen ge-
nannt, später habe er den Namen Hagen für aus-
reichend erachtet; der Regierungs-Präsident habe den
Älger in seinen Schriften nicht als Ortssteuer-
erheber Riemert, sondern unter Weglassung des Titels
als p. Riemert bezeichnet. Das Oberverwaltungsgericht
wies indefekt die Klage des Steuererhebers Riemert
gegen den Regierungspräsidenten als nicht begründet
zurück und legte ihm auch sämtliche Kosten des
Rechtsstreites zur Last.

* Sezeichen. Nach einer Mittheilung des Herrn
Regierungs-Präsidenten an das Vorsteheramt der Kauf-
mannschaft wird gelegentlich der Auslegung der
Sommersezeichen, voraussichtlich gegen Ende März
n. J. an der Westseite der Einfahrtstonne des Hafens
zu Neufahrwasser außer der bisherigen rothen Spierentonne
noch eine zweite eiserne rothe Spierentonne von
gleicher Form und Größe mit der bisherigen und mit
der Aufschrift „Nr. 1 Neufahrwasser“ versehen, aus-
gelegt und die bisherige, an ihrer jetzigen Stelle ver-
bleibende Spierentonne mit der Aufschrift „Nr. 2 Neufahr-
wasser“ bezeichnet werden. Die neue rothe
Spierentonne „Nr. 1 Neufahrwasser“ wird in 54°
15' 18" R. und 180° 39' 20" D. n. Gr. auf halbem
Wege zwischen der Anfangstonne und der rothen
Spierentonne Nr. 2, in der Richtungslinie „Stunden-
glas-Einsegelungsbahn und Westmolenbahn“ und
von letzterer ca. 1000 Meter ab in 6½ Meter Wasser-
tiefe bei Mittelwasser liegen. An demselben Ort wird
während der Wintermonate bzw. in der Zeit, in
welcher die Anfangstonne nicht auslegt, eine kleine
rothe hölzerne Spierentonne — „Nr. 1 Neufahr-
wasser“ bezeichnet — liegen, wogegen das bisherige
Wintersezeichen an der Westseite der Einfahrt mit
„Nr. 2 Neufahrwasser“ bezeichnet werden wird.

□ Lehrerinnen-Verein, Section Musik. Vor
dicht gefülltem Saale sonderte gestern Abend im Hotel
du Nord das erste öffentliche Concert der Musik-
Section zur Feier ihres ersten Stiftungsfestes statt.
Eingeleitet wurde das Concert durch Webers Jubel-
Ouverture, beschlossen mit der „Tannhäuser“-
Ouverture; beide Werke wurden in achtzigstündigem
Arrangement sauber und schwungvoll vorgebracht und
gelangten auf den zwei, von Herrn Weinhopf zur Ver-
fügung gestellten Concertflügeln von Beckstein und
Hindorf zur schönsten Wirkung. Ebensgleich sei dr. sehr
exakte und klängliche Vortrag der Romane von
Thern für zwei Klaviere — gespielt von den Damen
Diller und Brösecke — besonders hervorgehoben.
Die Sängerinnen Fr. Brandstätter, Hofmann,
Rohleder und Sämann, die in Einzelgesängen sich
den lebhaftesten Beifall errangen, brachten dazwischen
auch verschiedene, reizvolle Ensemble-Nummern zu
Gehör, wobei sie von einer liebenswürdigen Dilettantin,
die in leichter Stunde für die erkrankte Altisja ein-
getreten war, auf das Beste unterstützt wurde. Die
Alavierbegleitungen der Gefänge wurden von den
Damen Baum, Eifenstein und Reichenberg in
anerkennenswerther Weise gefüllt; die beiden ersta-
utesten Damen, sowie Fräulein Duske, trugen auch
verschiedene Solostücke für Klavier von Chopin,
Schubert und Paradies vor. Sämtliche Leistungen,
welche von den regen Sprechern der Musik-Section,
gute Musik zu pflegen, ein erfreuliches Leugnich
ablegten, wurden vom Publikum mit warmem Beifall
aufgenommen.

* Männer-Turn-Verein. In der am Sonnabend
im Café Selenke abgehaltenen General-Veranstaltung
wurde der Voranschlag pro 1897 in Annahme und
Ausgabe auf 600 Mk. festgestellt und beschlossen, eine
Reisesparkasse zum Besuch von auswärtigen Turn-
festen zu gründen. In den Vorstand wurden die nach-
benannten Herren theils wieder, theils neuwählten:
erster Vorsitzender Wiesenberger, Schriftführer Fischer,
Kassenführer Bahrendorff, erster Turnwart Wilh.

Brieger, zweiter Turnwart Sandner, Zeugwart
Schulz, Beißler und zweiter Schriftführer Scheibe,
Reiseführer Schöps und Steinbauer, Vergnügungs-
vorsitzender, Trik Briege und Reumann.

* Gewerkevereine. In seinem Vereinslokal Breit-
gasse 83 hielt am Sonnabend Abend der Ortsverein
der Maschinenbau- und Metallarbeiter seine dies-
jährige Generalversammlung unter zahlreicher Be-
teiligung der Mitglieder ab. Es wurde zunächst be-
schlossen, am zweiten Weihnachtsfeiertag eine Feier
für die Mitglieder zu veranstalten, mit der auch eine
Bescherung für die Mitglieder verbunden sein wird.
Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten und
zum Vorsitzenden Herr Hammerer, zum Stellvertreter
Herr Schärski, zum Sekretär Herr Hallmann,
zum Kassirer Herr Michalski und zum Beißler Herr
Danicke gewählt. Die Reiseführer wurden die Herren
Bauer L. und Wruck und zu Verbandsvertretern die
Herren Bauer L. und Peteretz ernannt.

Terner versammelte sich Sonnabend der Ortsverein
der Tischler und Berufsgenossen bei Herrn Somoll
am Alstädtischen Graben zu seiner Generalversammlung.
Nach Erfüllung des Monatsberichtes wurden die Herren
Langfli zum Vorsitzenden, Müller zum Schriftführer,
Horn zum Kassirer und Hübler und v. Domarus
zu Beißler gewählt. Als Reiseführer wurden die
Herren Kowalek und Tomaszewski gewählt. Zum
Schluß entspans sich eine längere Debatte darüber, wie
das fachliche Rennen der Mitglieder zu heben. Es
folgten mehrere Fachwerke und Zeichnungen u. s. w.
angeschaut werden.

* Wohlthätigkeits-Reunion. Gestern, welche
vorgestern im Bildungsvereinshause von Mitgliedern
unseres Stadtheaters veranstaltet worden war, war
sehr gut besucht. Eine Reihe musikalischer, sowie
declamatorischer Vorträge ernst und heiteren Inhaltes
verrichten die Zuschauer in die beste Stimmung,
bis endlich der Tanz in seine Rechte trat. Der Rasse
des Chorverbandes ist erfreulicherweise eine reiche Ein-
nahme zugeslossen.

* Schlittbohn. Die Schlittbahn ist auf der ganzen
Strecke Danzig-Oliva jetzt in tadellosem Zustande. Sie
wurde gestern von zahlreichen Schlittengespannen
benutzt. Im Saale von Thiersches Hotel, der in einen
Wintergarten umgewandelt ist, sammelte sich ein großer
Theil der Schlittenschafer.

* Ueberfall. Auf dem Wege nach seiner Wohnung
wurde heute Nacht in der Langgasse ein hiesiger
Apotheker von unbekannten, angeblich gut gekleideten
Personen angefallen und durch Stockeie
erheblich verletzt. Ein Hieb traf den linken Arm so
schwer, daß der Knochen gebrochen wurde. Der Ver-
wundete glaubt, daß er das Opfer einer Personenver-
wechslung geworden ist.

* Unfall. In Folge der Gläte fiel der Arbeiter
Bogelski auf der Straße hin und brach ein Bein.

* Feuer. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr wurde
die Feuerwehr nach dem Hause Langgasse Nr. 8 ge-
rufen. In der ersten Etage waren dorfselbst mehrere
Balken und die Einfachdecke in Brand gerathen. Das
Feuer, das sich im Innern schon durch drei Zimmer
gezogen hatte, wurde durch sofortiges Wassergeben der
Gaspritze in etwa einer Stunde besiegt.

Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach
dem Hause 3. Damm Nr. 8 gerufen, wofür
mehrere mehrere im Schaufestor befindliche Gegenstände
in Brand gerathen waren. Das unbedeutende Feuer
wurde sehr bald besiegt.

* Strafkammer. Der Arbeiter Franz Hirsch aus
Stanislawo, im Kreise Corthaus, hatte sich gestern
gegen den Steuererheber Riemert beim Oberverwaltungsgericht
und wies darauf hin, daß er sich sonst nie etwas habe
zu Schulden kommen lassen; er habe den Landrat an
Anfang seiner Beschwerdefchrift Landrat Hagen ge-
nannt, später habe er den Namen Hagen für aus-
reichend erachtet; der Regierungs-Präsident habe den
Älger in seinen Schriften nicht als Ortssteuer-
erheber Riemert, sondern unter Weglassung des Titels
als p. Riemert bezeichnet. Das Oberverwaltungsgericht
wies indefekt die Klage des Steuererhebers Riemert
gegen den Regierungs-Präsidenten als nicht begründet
zurück und legte ihm auch sämtliche Kosten des
Rechtsstreites zur Last.

In der vorigestrichen Sitzung hatte sich ferner der ca.
16jährige Burjare Otto Schulz aus Odra wegen Diebstahls
im wiederholten Rückfalle zu verantworten. Schon
seit seiner Jugend bereit wegen Raubes, Diebstahls
und anderer Verbrechen mit Gefängnisstrafen von
insgesamt ca. 3jähriger Dauer vorbelastet, er kann kaum über die Anklagebank blicken. Eben aus
dem Gefängnis entlassen, hat er mit noch einem anderen
Burjaren, dessen Namen er hartnäckig verschweigt, der
Frau Rentier Feierabend von ihrer Bleiche in Peters-
hagen wertvolle Wäsche geflohen. Als Sch. ermittelt
wurde, war die Wäsche längst zu einem Heiler geworden.
Der Gerichtshof erkannte auf eine 1½-jährige
Gefängnisstrafe.

Am August d. Js. entstand in dem Gasthause in
Stangenwalde bei einem Tanzvergnügen Sitz. Der
Tischlergasse Emil Pochat griff im Zustande der
Trunkenheit zum Messer und brachte drei Gäste
wund bei, bis der herbeigerauene Gendarm ihn
dingfest machte. Der Gerichtshof verurteilte den P.
zu 1 Jahr Gefängnis und verfügte, da P. sich noch
auf freiem Fuße befand, seine sofortige Verhaftung.

Etwas zu vertrauensvoll war, wie seiner Zeit mit-
getheilt, am 5. November der Gastwirt Klein in der
Mühlenstraße. Er mußte gerade einen Hundert-
marksschein wechseln und bediente sich hierzu eines in
der Restauration anwesenden Gastes, des Arbeiters
Karl Louis Sauer. S. nahm den Schein, Herr Klein
wartete aber längere Zeit auf das Geld; als er
schließlich bei der Polizei Anzeige machte und diese
den Sauer ermittelte, sandten sich von den 100 Mk.
gerade noch 5 Mk. vor; der Rest war verjubelt
worden. Sauer, der gesäßig war, wurde wegen
Unterschlagung zu 3 Monat Gefängnis verurteilt.

* Schöffengericht. Der erst 24 Jahre alte, aber
bereits dreimal vorbestrafte Arbeiter Bruno Hoffmann,
Hinter Adlersbrauhaus wohnhaft, war vorgestern ange-
klagt, am 29. September 1896 den Schuhleuten Giese,
Schröter, Hamann und Höger während der reichmäßigen
Ausübung ihres Amtes mit Gewalt widerstand geleistet,
sich seiner Verhaftung mit Gewalt widerstehen zu haben,
indem er mit Händen und Füßen sich schlug, sich
loszureißen versuchte, sich mit den Füßen gegen den
Erdboden stemmte, den Schuhmann Hamann zweimal
in die Hand biß und die Schuhleute Giese und Schröter
gegen die Schienebeine trat. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Schuhmann Giese
von einigen Personen zu Hilfe gerufen war, weil der
Angeschlagte einen Arbeiter erstmals. Alle Ersteren nach
eiligstem Laufe an den Ort der That kam, sah er,
wie der Angeschlagte einem am Boden liegenden, völlig
betrunkenen und wehrlosen Manne Giese mit einem
Meißer in das Gesicht gab. Giese konnte den Un-
glücklichen nur mit großer Kraftanstrengung von dem

Bekanntmachung.

Die am 2. Januar 1897 fälligen Zinscoupons unserer sämtlichen Pfandbriefe werden vom 15. Dezember er. ab an unserer Kasse, Hundegasse Nr. 56, während der Stunden von 9—12 Uhr Vormittags und 3—5 Uhr Nachmittags baar und unentgeltlich eingelöst.

Bei Präsentation mehrerer Coupons ist ein Verzeichniß, in dem die Appoints gesondert aufgeführt stehen, zu übergeben.

Mit Ablauf dieses Jahres verjährten die im Laufe des Jahres 1882 fällig gewordenen, bis dahin nicht abgehobenen Zinscoupons.

Danzig, im Dezember 1896.

(26023)

Danziper Hypotheken-Verein.

Bekanntmachung.

Zur Erleichterung des Weihnachtsverkehrs wird im preußischen Staatsbahnhof, sowie im direkten Verkehr mit der Marienburg-Mlawka'e Eisenbahn, der ostpreußischen Südbahn, der Alt-Damm-Colberger Eisenbahn und den Güstrowischen Staats-Eisenbahnen die Gelungsdauer der am 22. Dezember d. Js. und an den folgenden Tagen gelösten gewöhnlichen Rückfahrtkarten von sonst kürzerer Gelungsdauer bis zum 6. Januar 1897 einschließlich verlängert.

Die Rückfahrt muß zur Wahrung der Frist nach der allgemeinen Regel der preußischen Staatsbahnen, am 6. Januar h. J. getreut werden.

Danzig, den 12. Dezember 1896.

(25993)

Königliche Eisenbahn-Direction.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bildor Ralch in Strasburg ist zur Abnahme der Schlüsse rechnung des Vermäters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlüssezeichnich der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forcherungen und zur Beschlusshaltung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke neuer Schlüsse auf

den 5. Januar 1897, Vormittags 12 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt, wou alle Belehrungen hiermit vorgeladen werden. Die Schlüsse rechnung nebst Belägen und das Schlüssezeichnich sind in der Gerichtsschreiberei niedergelegt.

Strasburg, den 9. Dezember 1896.

(28016)

get. Wahrndorf.

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Desentliche Verdingung

der Lieferung von rund 165000 Stück kleineren und eichenen Bahn- und Weichenwellen, eingetellt in 95 Loope.

Termin 5. Januar 1897, Vormittags 10 Uhr,

in unserem Dienstgebäude Zimmer 97.

Die vorgeschriebenen Bedingungshefte können bei dem Vorstand des Centralbüros eingesehen, auch von demselben gegen kostenfreie Einsendung von 70 Pfg. in baar portofrei beigegeben werden.

Zulagesschrift bis zum 26. Januar 1897.

Bromberg, den 12. Dezember 1896.

(26046)

Königliche Eisenbahn-Direction.

Desentliche Bekanntmachung.

Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1897/98.

Auf Grund des § 24 des Einkommensteuergegesches vom 24. Juni 1891 (Gesetzblatt, S. 175) wird hiermit jeder bestreit mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. veranlagte Steuerpflichtige in den Kreisen Danziger Höhe und Niederung aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit von

4. Januar bis 20. Januar 1897

dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Verfassung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufsicht oder ein Formular nicht zugegangen ist.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf die Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten im Geschäftszimmer Heil. Geist gäbe 106, 2. Et., vertraglich in der Zeit von 10 bis 12 Uhr Vormittags zu Protokoll entgegengenommen.

Die Versäumung des obigen Frist hat gemäß § 30 Absatz 1 des Einkommensteuergegesches den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr zur Folge.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentlich Verfälschung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 66 des Einkommensteuergegesches mit Strafe bedroht.

Steuerpflichtige, welche gemäß § 26 des Ergänzungsteuergegesches vom 14. Juli 1893 (Gesetzblatt, S. 134) von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben diese ebenfalls innerhalb der oben angezeigten Frist nach dem vorgeschriebenen Formular bei dem Unterzeichneten schriftlich unterzuzeichnen.

Auf die Verhaftung später eingehender Vermögensanzeigungen bei der Veranlagung der Ergänzungsteuer kann nicht gerechnet werden.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben über das Vermögen in der Vermögensanzeige sind im § 43 des Ergänzungsteuergegesches mit Strafe bedroht.

Die vorgeschriebenen Formulare zu Steuererklärungen und zu Vermögensanzeigungen werden von heute ab im diesseitigen Geschäftszimmer auf Verlangen kostenlos verabfolgt.

Danzig, den 12. Dezember 1896.

(25928)

Der Vorstehende der Veranlagungs-Commission
der Kreise Danziger Höhe und Niederung.

v. Artes.



Das Fleisch-Pepito

der Compagnie Liebig
ist wegen seiner außerordentlich leichten Verdaulichkeit und seines hohen Nährwertes ein vorzügliches Nahrungs- und Kräftigungsmittel für Schwache, Blutarme und Kranke, namentlich auch für Magenleidende.

Hergestellt nach Prof. Dr. Kemmerich's Methode unter steter Kontrolle der Herren Prof. Dr. M. von Pettenkofer und Prof. Dr. Carl von Voit, München.

Räuchlich in Dosen von 100 und 200 Gramm.

Wichtig für Landwirthe!

Wir empfehlen in vorzüglicher Qualität „basisch-phosphorsauren Kalk“ garantirt rein ohne schädliche Bestandtheile, frei von Arien, und 40 Proz. Phosphorsäuregehalt, als bewährtes Mittel bei Aufsucht von Jungvieh aller Art zur schnelleren Ausbildung des Anhängerlutes, Heilmittel gegen Anhennenbrüdigkeit, Verhalben, Schlemewauke ic., bestes Mittel zur Giege rung der Milchtrüffigkeiten ic.

(22368)

50 kg = Mark 14.—, 100 kg = 25 ab uns. Lager in Bromberg, in Originalpackung mit Schuhmarke versehen.

Anhennenmehl, Podium-, Gelatine-, u. Leimfabrik, Bredelhof, i. GbL.

Die General-Agentur für die dortige Gegend hat Herr E. O. Böttmeyer in Danzig, an welchen wir Aufträge zu richten bitten.

Auszahlung in baar ohne Abzug sofort nach Erscheinen der Gewinnliste.

Loose à 1 Mark, Porto und Liste 20 Pfg. extra sind zu bezahlen durch die Expedition der „Danziger Zeitung“.

Wichtig für Landwirthe! Wir empfehlen in vorzüglicher Qualität „basisch-phosphorsauren Kalk“ garantirt rein ohne schädliche Bestandtheile, frei von Arien, und 40 Proz. Phosphorsäuregehalt, als bewährtes Mittel bei Aufsucht von Jungvieh aller Art zur schnelleren Ausbildung des Anhängerlutes, Heilmittel gegen Anhennenbrüdigkeit, Verhalben, Schlemewauke ic., bestes Mittel zur Giege rung der Milchtrüffigkeiten ic.

(22368)

50 kg = Mark 14.—, 100 kg = 25 ab uns. Lager in Bromberg, in Originalpackung mit Schuhmarke versehen.

Anhennenmehl, Podium-, Gelatine-, u. Leimfabrik, Bredelhof, i. GbL.

Die General-Agentur für die dortige Gegend hat Herr E. O. Böttmeyer in Danzig, an welchen wir Aufträge zu richten bitten.

(20534)

Große Berliner Zuschneide-Akademie, Alexanderplatz.

Direction Maurer.

Bedeutendste Fachlehranstalt der Gegenwart für die gesammte moderne Zuschneidekunst. Patentamtlich geschützt. Comfortable Einrichtung. Herren-, Damen-, Wäscherei, Bühn- und Weihzauber, Anfertigung eigener Garderoben. Vorlesungen theoretische und praktische Ausbildung durch hervorragende Lehrkräfte, unter deren Leitung schon Tausende unterrichtet wurden. Monatliche Ausbildung über 100 Damen und Herren. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Von 20 M ab beginnen Lages- u. Abend-Kurse dann jeden 1. und 15. im Monat.

Rostenloser Stellenanzeige als Zuschneider, Confectionäre, Directrices.

Man verlange illustrierte Prospekte gratis und franco. (25898)

Stadt-Theater.

Direction: Heinrich Ross.

Dienstag, den 15. Dezember 1896.

D. V. C.

Aufer Abonnement.

2. Ensemble-Basspiel des Schliersee'r Bauerntheaters.

Im Austragstüberl.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 4 Acten von Maximilian Schmidt und Hans Neuer. Musik von C. Horack. Einstudirt und in Scene gesetzt vom Königl. bayer. Hofchauspieler Konrad Dreher.

Personen:

Kasper Terosal von Schliersee. D' Waberl, sein Weib Therese Dirnberger von Miesbach. Maril', deren Sohn Lilly, sein Weib Michael Dengg von Egern. Anna Dengg von Egern. Anna Terosal von Schliersee.

Joseph Meth von Schliersee.

Willi Dirnberger von Miesbach. Sigmund Wagner von Schliersee. Matthias Gailin von Schliersee. Anna Keil von Schliersee.

Maria Glas von Schliersee. Lina Gaigl von Iden. Georg Waldschütt von Schliersee. Paul Schell von Schliersee.

Evi Eh'halten, Burischen und Dirndln.

Schuhplattltanz.

„Der alte Dati“, selungen von Kasper Terosal.

Zithervorträge: Noch dem 1. Act „Großmutterchen“, Zitherolo, gespielt von Andreas Mehringer. Nach dem 3. Act „Kohlrösler“, Streichzitherolo, gespielt von Andreas Mehringer.

Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch Nachmittag. Extra-Schüler-Vorstellung. 10. Klasse.

Abergs 7½ Uhr. Aufer Abonnement. B. B. A. 3. Ensemble-

Basspiel des Schliersee'r Bauerntheaters. (30 Schliersee'r.)

Der Horroßtschinner von Ammergau.

In Vorbereitung: Carmen, Oper. — Das Modell. Operette von Suppé. — Dinab der Narr. Schauspiel v. Ludwig Jacobowski.

— Gneiwitschen, oder Die sieben Zwerge. Weihnachtsmärchen.

Elektrische Straßenbahn.

Linie: Ohra — Heumarkt.

Fahrplan

vom 15. Dezember 1896 ab.

Heumarkt.

Dorm. 7 Uhr. 7 „ 15 Min. 7 „ 30 „ u. s. w. alle viertel Stunde bis 4 Uhr Nachm.

Nachm. 4 Uhr. 4 „ 20 Min. 4 „ 40 „ u. s. w. alle 20 Minuten bis 9 Uhr Abends.

Abends 9 Uhr. 9 „ 30 Minuten 10 „ 30 „ 11 „ 30 „

Dorm. 7 Uhr 15 Min. 7 „ 45 „ u. s. w. alle viertel Stunde bis 4 Uhr Nachm.

Nachm. 4 Uhr. 4 „ 20 Min. 4 „ 40 „ u. s. w. alle 20 Minuten bis 9 Uhr Abends.

Abends 9 Uhr. 9 „ 30 Minuten 10 „ 30 „ 11 „ 30 „

10 „ 30 „ 11 „ 30 „ 12 „

11 „ 30 „ 12 „

12 „

13 „

14 „

15 „

16 „

17 „

18 „

19 „

20 „

21 „

22 „

23 „

24 „

25 „

26 „

27 „

28 „

29 „

30 „

31 „

32 „

33 „

34 „